

„Dem Bundeskanzler entgleitet das eigene Land“:Asylkrise! Merz will „nationale Notlage“ ausrufen.



**Philip
Fabian**

27.08.2024 - 17:17 Uhr

CDU-Chef Friedrich Merz (68) erhöht vier Tage nach dem Terror von Solingen den Druck auf Kanzler Scholz (66, SPD)! Er will ihn zur Politik-Wende zwingen. Bietet ihm mit einem kraftvollen Auftritt einen Asyl-Deal an: für mehr Sicherheit und um die Migration endlich wirksam zu begrenzen. Dafür solle notfalls die „nationale Notlage“ ausgerufen werden.

Der Unions-Fraktionschef hatte sich am Morgen 70 Minuten lang mit dem Kanzler unter vier Augen getroffen. Am Nachmittag ging er in Berlin dann vor die Presse. Um seinen Deal vorzustellen: Er fordert Scholz zu harten Gesetzesänderungen bei der Inneren Sicherheit und in der Asylpolitik auf. Notfalls ohne die anderen Ampel-Parteien und stattdessen mit der Union!

Migration ist „massives ungelöstes Problem“

Denn, so sagt Merz: „Dem Kanzler entgleitet das eigene Land.“ Die Migration, so stellt er fest, sei eben ein „massives ungelöstes Problem“, das das „Zusammenleben der Bevölkerung belastet“.

Sollte der Kanzler nun den Deal annehmen, sei ihm eine Mehrheit im Bundestag sicher, so Merz. Seine Union würde mit Scholz stimmen, er könne seine Richtlinienkompetenz gegen den Widerstand der Ampel-Partner Grüne und FDP durchsetzen.

Ganz konkret fordert Merz den Kanzler zu drei schnellen Gesetzesänderungen auf: Das Polizeigesetz solle überarbeitet werden für mehr Befugnisse der Beamten. Das Aufenthaltsrecht solle geändert werden, so dass es explizit der „Begrenzung“ und nicht nur der „Steuerung“ der Einwanderung diene.

„Ich weiß, dass meine Partei nicht unschuldig daran ist“

Als positive Beispiele nennt Merz Schweden und Dänemark. Er fragt: „Warum sind die in der Lage, das Problem zu lösen und wir nicht?“ Der CDU-Chef gab sich dabei auch selbstkritisch. Er sagte: „Ich weiß, dass meine Partei nicht unschuldig daran ist, dass wir diese Probleme haben, aber es ist wieder schlimmer geworden.“

Und: Merz fordert eine Kraftanstrengung, um illegal eingereiste Migranten an deutschen Grenzen zurückzuweisen. So, wie es die Dublin-Regeln vorsehen. Wer aus einem sicheren Drittstaat einreist – und das tun alle, die über dem Landweg kommen – soll nicht rein dürfen. Es ist die zentrale Merz-Forderung! Um dieser Forderung nachzukommen, müsse notfalls „die nationale Notlage“ ausgerufen werden, um nationales Recht über EU-Recht zu stellen.

LESEN SIE AUCH

75 Minuten lang haben sich Kanzler und Oppositionsführer getroffen. Und auch gehandelt?

Welche Notlage meint Merz?

Merz betont: „Wir werden die europäischen Binnengrenzen nur so weit öffnen können, wie wir die Außengrenzen schützen. Und wenn der europäische Außengrenzschutz nicht funktioniert, dann müssen wir wieder die Binnengrenzen schützen. ‚Geht nicht‘ ist für mich kein Argument!

Der Oppositionsführer weiter: „Wenn Europa nicht in der Lage ist, das kurzfristig zu ändern, dann haben wir die Pflicht, eine nationale Notlage zu erklären im Hinblick auf die Flüchtlinge. Und dann ist das nationale Recht der Bundesrepublik Deutschland wichtiger als das europäische Recht. Das geht und muss jetzt in Anspruch genommen werden“, so Merz.

Notlage? Merz bezieht sich damit auf Artikel 72 im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Darin ist geregelt, dass EU-Staaten das Recht haben, in Notlagen über Politikbereiche zu bestimmen, die eigentlich in die Zuständigkeit der EU fallen. Wenn es darum geht, die öffentliche Ordnung zu schützen und innere Sicherheit zu gewährleisten, können die Länder selbst entscheiden – ohne Einmischung aus Brüssel. Das gilt auch für Fragen von Migration und Grenzschutz.

Anmerkung:

Ja so ist doch es möglich, aber warum tut sich die Regierung in Berlin so schwer damit. Einfach umsetzen, so einfach ist es doch, oder? Wenn nichts umgesetzt wird werden weitere Opfer zu

beklagen sein! Endlich mal ein Vorschlag von einem Politiker der es versteht, wie man es tun könnte.